



Sozialdemokratische Partei
des Kantons Glarus

Protokoll Frühlingsparteitag SP Glarus

vom Freitag, 27. März um 9 Uhr

Schützenhaus, 8750 Glarus

Teilnehmende anwesend: Jacques Marti, Christian, Büttiker, Lukas Tschudi, Priska Grünenfelder, Hansruedi Forrer, Thomi Kistler, Jacques Fehr, Silvia Steinmann, Kurt Rhyner, Sabine Steinmann, Martha Schegg, Sämi Zingg, Christine Bickel, Kaspar Marti, Werner Marti, Christoph Zwicky, Thomas Rentsch, Leyla Iljazi, Reni Grassi, Nikolai Jenny, Daniel Jenny

1. Begrüssung

jm begrüsst. Landsgemeinde auf September verschoben, deswegen kurze Traktandenliste.

2. Traktandenliste und Wahl der Stimmenzählenden

Keine Änderungswünsche. Thomas Rutschmann Stimmenzähler.

3. Mitteilungen

Trinkwasser und Pestizidinitiative Anfrage Grünen bezüglich mitmachen der SP im Komitee. Wortmeldung Sabine Steinmann: Abstimmung über die Vorlagen am 13. Juni. Unserer Parteitag 20. Mai. Wenn basisdemokratischer Entscheid bezüglich Beitritt Komitee gefällt werden sollte, müsste die Information an einem früheren Parteitag kommen. Dies als Anregung bezüglich künftiger Planungen.

4. Abnahme Jahresrechnung und des Revisionsberichts 2020

Liegt als Tischvorlage vor. Höhere Einnahmen und höhere Ausgaben. Grosser Teil Mitgliederbeiträge geht nach Bern. Rückstellungen möglich. Relativ hohe Eigenmittel vorhanden. Dieses und nächstes Jahr Wahlen – finanzielle Mittel werden gebraucht.

Fragen Jahresrechnung: Martha Rückstellungen / Gewinn nicht korrekt aufgeführt.

Wortmeldung Revisoren: wollen, dass Belege nummeriert und chronologisch abgelegt werden. Wäre einfacher, wenn Abrechnung erst kurz vor Versammlung gemacht wird.

Verlesung des Revisorenberichts.

Ordnungsantrag Forrer: Zahlen sollen richtig dargestellt werden und das nächste Mal vorgelegt werden.

Abstimmung: 11 für Vorlegung der Jahresrechnung und 3 für jetziges Abnehmen.

Rücktritt Silvia Steinmann als Revisorin.

Beantragung Kurt Rhyner für die Durchnummerierung der Belege beim Kontenplan.

5. Memorialsantrag Glarner Gemeinden 2030

GL beantragt, Memorialsantrag zurückzuweisen. Begründung:

Vor 3-4 Jahren begannen Besprechungen, wie man die politische Partizipation im Glarnerland verbessern kann. 2 Varianten im SGU – light und hart. Light: kann-Formulierung, hart: muss-Formulierung. Parteitag entschied, Vorlage zurückzugeben. Weiterer Parteitag: Variante hart. Traktandum zurückgezogen. Parteitag Näfels im Schützenhaus: Traktandum nochmals zurückgenommen. Jetzt 6 Monate später, überparteiliches Komitee, welches ähnliches fordert (ähnlich wie light Variante). Überparteilich gut abgestützt. Sämi Zingg wurde angefragt, ob er ebenfalls unterschreiben wolle.

Möglichkeiten: jemand von uns (Sämi) unterschreibt. Oder parallel harte Version einreichen. Würde vermutlich Erheblichkeitsprüfung nicht überstehen, da Light Variante fast deckungsgleich wie überparteiliche Kommission.
“Alles für Füchs”, was jm extrem nervt.

Kaspar: Was ist im überparteilichen Antrag enthalten?

Sämi: Er will den Gemeinden ermöglichen, ihre Legislativen selber bestimmen zu können. Allerdings keine spezifischen Vorgaben. Probleme gibt es überall, nicht nur im Norden. Die Begründungen im Antrag beziehen sich aber mehrheitlich auf den Norden. Man will im kantonalen Gesetz das herausnehmen, was die Legislative in den Gemeinden einschränken. Alle Gemeinden sollen selber bestimmen können, wie sie ihre Legislative ausgestalten wollen.

Christoph: Sind es Parteien oder einzelne Landräte, welche dem Komitee angehören? Wann ist die Einreichung geplant?

Antwort Sämi: Komitee aus Einzelpersonen – Eingangsdatum auf dem Antrag wäre 3. März gewesen.

Beantragt an unserem Antrag beizubehalten und diesen einzureichen.

Kaspar: Es muss sichergestellt sein, dass der SP Antrag die 10 Stimmen im Landrat holt. Will ebenfalls unseren Antrag einreichen. Allenfalls Rückzug im laufenden Prozess. Unserer Antrag erheblich stärker.

Thomi Kistler: Anträge unterscheiden sich stark. Würde beantragen, den überparteilichen nicht zu unterstützen. Weiss allerdings nicht, welche 10 Stimmen wir im Landrat erreichen. Diskussion soll aber geführt werden.

Werner Marti: Der überparteiliche Antrag ist mehr als allgemeine Anregung gedacht. Zurzeit haben wir eine unmögliche Gemeindeorganisation. Rückläufige Partizipation, verstärkt durch Corona, was langfristig verheerend ist. Rechnung muss gezwungenermassen von Gemeindeversammlung abgenommen werden. Man kann im Landrat und an der Landsgemeinde Anträge zur allgemeinen Abänderung eines Antrages einreichen. Will an unserem Antrag festhalten.

Sabine Steinmann: Ist für den “Beitritt” zum überparteilichen Antrag. Sieht allerdings eine Diskrepanz. Aber: unsere Ziele werden mit dem überparteilichen Antrag am ehesten erreicht. Weg des Konsenses und des Überparteilichen.

Chrigel: Kantonal wird geregelt, dass die Gemeinden machen können, was sie wollen. Wer macht dann die Änderungen? Man müsste dann in den Gemeinden ein Antrag an die Gemeindeversammlung stellen. Dann aber wieder 3 verschiedene Gemeinden. Hin- und hergerissen. Wir werden so oder so nicht erreichen, was wir wollen. Bezweifelt, dass es ein einheitliches Vorgehen geben wird.

Reni: Wie schätzt Sämi Einflussnahme auf Antrag ein?

Sämi: Schwer einzuschätzen. Im Norden wird etwas gehen. Forderungen dafür aber zu wenig konkret. Aus taktischen Gründe müsste die Variante hart eingeben, mit Soft macht es keinen Sinn.

Werner Marti: Findet die Diskussion gut. Gemeindeversammlungen sind Betroffenheitsversammlungen. Wenn es um die Gemeindeversammlung um die Abschaffung der Gemeindeversammlung geht, wird dies nie angenommen werden. Realpolitisch kann man vom überparteilichen Antrag nicht viel erwarten.

Sämi Zingg: von politischen Gegnern wird es als «Abschaffung der Demokratie» aufgenommen. Wenn wir etwas verändern wollen, brauchen wir einen Zwischenschritt.

Kaspar: Mit einer gewissen Anzahl Unterschriften kann eine Gemeindeversammlung einberufen werden. Ist ein fakultatives Referendum wirklich notwendig?

Jacques Fehr: Gegen Abstimmungen in Baselland von der Gemeindeversammlung kann ein Referendum ergriffen werden. Kanton Glarus soll zu einem normalen Kanton werden. Landsgemeinde abschaffen, Urnenabstimmung, Parlamente. Stimmbeteiligung an Landsgemeinde genau so niedrig wie an der Landsgemeinde. Wenn es die Leute interessiert, kommen doch 15-18%. Da müsste man das ganze System umkehren. Gemeindeversammlung als kleine Landsgemeinden. Parlamente mit mehr Kompetenzen. Nur noch wichtigste Geschäfte an der Gemeindeversammlung beraten. Gemeinderäte so wie vorgeschlagen einführen. Denkt allerdings nicht, dass es heute eine Misere ist. Wir sollen aber nicht alles offen lassen.

Jm fasst zusammen:

GL beantragt, Geschäft zurückzuziehen

Christoph und Kaspar: sind für eintreten

Zurückziehen: 2 Stimmen

Beraten und dem anderen gegenüberstellen: grosse Mehrheit.

Wird beraten:

- **Abschaffung Gemeindeversammlungen**

Sämi: analog kantonal. Gemeindeversammlung einmalige jährliche Durchführung, Einführung Parlamente zwingend (analog Landrat).

Werner Marti: Auffassung: Parlament im Kanton Glarus hat nichts zu sagen. Kompetenzen liegen bei der Landsgemeinde. Parallel-System zur Landsgemeinde sinnlos. Gemeindeparlament berät in den wenigsten Fällen Gesetzesvorlagen. Ansonsten ganz andere Projekte. Gemeindeversammlung in den neuen Gemeinde hat keine Tradition, Landsgemeinde schon.

Christoph: grösste Projekte der Gemeinde müssen an die Urne.

Jm: je enger der Handlungsspielraum, desto weniger die Möglichkeit von kreativen Lösungen.

Chrigel: Möglichkeit offen lassen, dass wir Gemeindeversammlungen beibehalten werden können. Kann Formulierung.

Thomi Kistler: Unserer Antrag ist ein Gegenantrag zum überparteilichen. Wichtigkeit einer Veränderung auf kantonalen Ebene. Unterstützt Antrag von Sämi.

Jm: Zwang vs. Parlamente einführen und offenlassen

Zwang Abschaffung Gemeindeversammlung: 4 Abgeänderte Variante : 15

- Sämi: Formulierung **fakultatives Referendum** beibehalten

Forrer: Wort «Urne» schon heikel

Jacques Fehr: **obligatorisches Referendum** einführen? Unterstützt von jm. **Versammlung ist einverstanden.**

- Kaspar: **Antrag «minimal 3» ersetzen mit «3-5» ersetzen**

Sabine: ganz herausnehmen – Punkt nicht genau bestimmen. Will nicht klar definiert haben. Ämter allenfalls teilen, um Frauenanteil zu erhöhen?

Christine Bickel: glaubt nicht daran, dass kleine Pensen mehr Frauen fördern. Voll und ganz für die Gemeinde arbeiten. Würde starke Exekutive fördern.

Martha: will Jobsharing möglich machen. Hauptjob muss aufteilbar gemacht werden. Das geht auch bei einem Chefposten. – im politischen Amt aber sehr schwierig.

Chrigel: neue Ansicht – Leitung von 300 Personen. Muss ein starkes Gegenüber sein. Es braucht Leute, welche zu 100% angestellt sind.

Thomi Kistler: unterstützt 3-5 Personen, 80-100%. Jetzt führen Gemeinderäte nicht, dann wären sie mitverantwortlich.

Jacques Fehr: Departementssystem würde eingeführt. Bezug Hauptamt zur Wirklichkeit geht verloren, Gefahr, dass Gemeinderäte abheben könnten. Unterstützt 3-5.

Sämi: will 80-100% rausnehmen, (momentan 230%)

Chrigel: muss zwingend sein, damit Gemeindeorganisation überarbeitet wird.

Kaspar: Chur funktioniere mit 3 Gemeinderäte für eine Stadt von 30'000 Einwohnern.

Kurt: Zahl 5 bietet Angriffsfläche. Unterstützt minimal 3.

Abstimmung:

Antrag Streichen (Sabine): 3

Antrag: 3-5 – 12 Personen – in Schlussabstimmung mit 14 Personen bestätigt.

Originaltext: minimal 3 – 6 Personen

- Jm: **Umsetzung bis spätestens 2030 -2034. 13 Personen**

Sämi: **Legislative 2026-2030 beibehalten – 4 Personen**

- Einverständnis: sprachliche Korrektur im Sinne der heutigen Versammlung.

Kaspar: allgemeiner formulieren, weniger angriffig / populistisch. Entflochten von der Gemeindefusion. Allgemeiner Rückgang der Stimmbeteiligung. Konkrete Beispiele streichen / aktuellere Beispiele verwenden.

Gemeindeversammlungen heute zeigen es noch viel eindrücklicher, was auch schon früher problematisch war.

Anträge zur Begründung:

- Antrag Fehr: Regelung für Ausnahmesituation in Memorialsantrag festhalten.
- Konsens: Bis 2030 sollten Gesetze so geändert werden

- **Grundsatzentscheid:**

Wir reichen so oder so ein:

Wir reichen ein mit Vorbehalt – sie übernehmen alles oder nichts: einstimmig

Wir reichen nicht ein: 0

Unterstützung anderer Antrag – Segen der Partei?

Beides oder nur etwas unterschreiben.

Unterstützt von Sabine

Zeitliche Komponente miteinfließen lassen.

Kein Widerspruch, beide Wege zu unterstützen.

Alternative: Unterstützung überparteilich nicht als Partei, sondern als Einzelperson. Wir wollen weiter gehen.

In Diskussion mit Komitee müssen Stimmen für unseren Antrag gesammelt werden. Lobbying betreiben.

Werner Marti: Erheblicherklärung dringendes Problem im Landrat – ist erheblich und Instrument darf nicht missbraucht werden.

Christoph: Findet nicht, dass jemand aus der SP den überparteilichen Antrag unterstützt.

Kaspar: Als Person und nicht als SP kann dieser unterschrieben werden.

2 Personen sind dafür, den überparteilichen Memorialsantrag nicht unterstützen.

Die Mehrheit ist dafür, unseren Antrag einzureichen. Sämi soll in seinem Namen den überparteilichen Antrag unterschreiben.

Zusammenfassung

Bereinigter Memorialsantrag

Sämi erhält unseren Antrag und unterbreitet dem Komitee unseren Vorschlag mit Frist zur vollständigen Übernahme.

Ist das Komitee nicht bereit, unseren Anträgen zuzustimmen, reichen wir diesen Antrag selber ein.

6. Varia

Thomi und Söhne helfen Plakate abräumen. Werner und Kurt kommen auch. Treffpunkt um halb 7 in der Linth Arena.

Aufruf zum Wählen / Versammlung auf Rathausplatz ca 12 Uhr Glarus.

Wahl Revisor/in an nächster Versammlung.